

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich .00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Postzeit oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 299.

Freitag, den 21. Dezember 1917.

24. Jahrg.

## Das Vermögensopfer.

Von Wilhelm Bloß.

Vor dem Kriege haben die herrschenden Klassen es stets verstanden, die gesamte Steuergesetzgebung zu ihrem Vorteil einzurichten. Der kleine Mann des Mittelstandes und der Proletarier wurden verhältnismäßig sehr schwer, die verschiedenen Gruppen der reichen Leute wurden verhältnismäßig leicht belastet. Das war förmlich traditionelle Staatsweisheit geworden, wenn man auch manchmal von der Schonung der „schwächeren Schultern“ sprach. Im allgemeinen blieb die ungerechte Belastung dieselbe und die Nachkommen der Leute, die 1848 von der „kommunistischen Einkommensteuer“ sprachen, sprechen heute von der Erbschaftsteuer als von einem Versuch, das Portemonnaie der bestehenden Klassen zur Verfügung der Volksmassen zu stellen.

Der Krieg mit seinen bitteren Notwendigkeiten wird den herrschenden Klassen ein neues Licht aufsteden und ihnen die Erkenntnis einpauken, daß die Zeiten, da man die öffentlichen Lasten in der Hauptsache auf die armen und arbeitenden Klassen abwälzen konnte, endgültig vorüber sind.

Der Krieg hat Deutschland eine so ungeheure Schuldenlast gebracht, daß jeder frühere Maßstab dafür unzureichend ist. Sie wird sich noch mehr oder weniger steigern, je nach dem Eintritt des Zeitabschnittes, der uns den Frieden bringen wird. Im Drange der sich immer noch überstürzenden Ereignisse hat man bisher noch wenig daran gedacht, wie diese mehr als hunderttausend Millionen Schulden abzutragen oder zu verzinsen sein werden. Erst in jüngster Zeit beschäftigt man sich eingehend mit diesem Problem.

Natürlich gibt es viele Elemente, die an den alten Gepflogenheiten einfach festhalten wollen. Sie träumten zunächst von einer den Feinden Deutschlands nach dem Siege aufzuerlegenden Kriegsschuldung, wie es 1815 und 1871 geschah. Frankreich mußte 1815 siebenhundert, 1871 fünftausend Millionen Kriegsschuldung bezahlen. Das sind Summen, mit denen man heute nichts mehr anfangen kann. Die Mehrheit des Reichstages hat am 19. Juli 1917 den durchaus staatsklugen und zeitgemäßen Beschluß gefaßt, daß der künftige Friedensschluß Annerkennung und Entschädigungen vermeiden solle; ein gegenteiliger Beschluß hätte den Verhandlungen mit Rußland schwere Hindernisse bereitet. Viele, die über diesen Beschluß zeterten, sind wohl in ihren Hoffnungen auf eine Fruktifizierung der Kriegsschuldung in ihrem eigenen Interesse gestört worden. 1815 bekamen die preussischen Junker aus der Kriegsschuldung die Mittel, mit denen sie ihre Kartoffelschnapsbrennerei begründeten. Die Wirkung der 1871 von Frankreich bezahlten fünf Milliarden ist bekannt.

Wo man so viel Einsicht hat, auf eine Kriegsschuldung zu verzichten, da muß man sich mit jenen auseinandersetzen, die allen Ernstes glauben, dem deutschen Volke die Abtragung oder Verzinsung seiner Schuldenlast durch neue Steuern zumuten zu können. Aber hier steht man vor einer Unmöglichkeit. Einmal ist der Widerstand gegen einen solchen Versuch, die ungeheuren Opfer, die unser Volk in diesem Kriege gebracht, durch eine neue Steuerkröpfung zu belasten, so stark, daß er nicht übermunden werden kann. Dann aber reichen auch alle Steuerkröpfungen nicht aus, um die erforderlichen Summen zu beschaffen.

Mit der Einführung von Staatsmonopolen in Industrie und Handel wäre schon eher etwas zu erreichen. Aber zur gewinnbringenden Einführung solcher Institutionen gehört Zeit und man wird nach dem Kriege mit der „Sanierung“ nicht lange warten können.

Und ganz von selbst ist der Gedanke zum Durchbruch gekommen, daß diesmal die reichen Leute ein Opfer bringen müssen. Für die Sozialdemokratie ist dies eine Selbstverständlichkeit. Nur hätten wir nicht geglaubt, daß sich für diese Sache im Bürgertum selbst so rasch so gewichtige Stimmen erheben würden. Herr Strejmann hat schon vor Jahresfrist erklärt, daß in „maßgebenden“ politischen Kreisen die Meinung herrsche, es müsse ein Teil der Schulden erledigt werden durch starke Vermögensabgaben im Betrage von einem Viertel bis zu einem Drittel des Gesamtvermögens. Und nun hat auch der bekannte liberale Professor Dr. Jastrow ein Buch erscheinen lassen, betitelt „Gut und Blut fürs Vaterland“, in welchem gleichfalls von den Reichen ein Teil ihres Vermögens verlangt wird, um mit der Schuldentilgung zu beginnen.

Welch eine Wendung! Wie ist man seinerzeit über die Sozialdemokratie hergefallen, wenn wir von den bestehenden Klassen pekuniäre Opfer für die Gesamtwohlfahrt verlangten! Mit welcher überlegener Pole hat man sich gegen solche „Begehrlichkeit“ gewendet! Und nun kommen Anforderungen in einem Umfange, wie sich ihn die Sozialdemokratie niemals hat träumen lassen! Und sie werden nicht allein von dieser Richtung befürwortet, sondern auch von Leuten, die keiner kommunistischen Anwandlung verdächtig sind!

Allerdings sind während des Krieges die Besteuerungen: „Gut und Blut fürs Vaterland“ opfern zu wollen, im Verhältnis weit mehr von reichen Leuten ausgegangen als von der Masse des Volkes. Diese hat entschlossen die Gut- und Blutopfer auf sich genommen und schweigend ihre Pflicht erfüllt, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen. Wir

würdigen ganz gewiß auch die Opfer, welche die Besitzenden gebracht an Gut und Blut. Die Opfer an Gut fielen ihnen aber leichter, als der großen Masse; ihre Beisteuer zu den Anleihen lohnt der Staat mit seinen Zinsen reichlich. Dann aber sind in die Kreise der Besitzenden die ungeheuren Kriegsgewinne geflossen. Nicht wenige Kriegsgewinner mögen unter denen sein, die vor der Öffentlichkeit die großen Worte von den „Opfern an Gut und Blut“ gemacht haben. Wir werden ja sehen, wie sich diese Leute dann stellen werden, wenn die Frage der Opferung eines Teiles ihres Vermögens für das Vaterland akut werden wird. Die meisten von ihnen werden sich an ihre früheren großen Worte nicht erinnern wollen. So haben wir es nicht gemeint, werden sie sagen.

Welche Widerstände zu erwarten sind, kann man jetzt schon zum Teil sehen. Merkwürdigerweise ist es gerade ein Organ der linksliberalen Bourgeoisie, die einst von Eugen Richter gearbeitete und in seinem Geiste fortgeführte „Freisinnige Zeitung“, welche grimmig ins Horn stößt und die Besitzenden mahnt, sich aufzuraffen, um der drohenden Gefahr zu begegnen. Dem Professor Jastrow wird allen Ernstes vorgehalten, daß er mit seiner Zumutung eines Vermögensopfers fürs Vaterland an die deutsche Kapitalistenklasse „Anarchisten züchtet“. Das Opfer ist noch nicht Tatsache, es ist erst von seiner Möglichkeit die Rede und das genügt, um die Gehirne einzelner fanatischer Verteidiger der alten kapitalistischen Weltordnung zu verwirren. Wenn Professor Jastrow wirklich „Anarchisten“ gezüchtet hat, so können sie sich nur im Lager der „Freisinnigen Zeitung“ befinden. Wir meinen damit die Spezies jener Bourgeoisie-Anarchisten, welche jedem, auch dem vernünftigsten Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Dinge abhold sind und

selbstverständlich auch vernünftigen staatlichen Finanzmaßnahmen. Es sind das dieselben Leute, von denen Lassalle schon vor Jahrzehnten gesagt hat, daß sie dem Staate nur noch eine Nachwächterrolle übrig lassen.

Wenn diese Finanzreform zustande kommt, und ihrem Zwecke entsprechen soll, so muß sie so beschaffen sein, daß dabei die kleinen Leute ganz unbeeinträchtigt bleiben. Diese haben dann immer noch mehr als genug zu tragen. Die Belastung muß kräftig progressiv steigen. Wenn zum Beispiel ein Kriegsgewinner, der zwei Millionen erworben hat, eine dem Vaterlande, dem er sie abgenommen, wieder zurückgeben muß, um dessen Schulden tilgen zu helfen, so ist das ganz in der Ordnung und zu verhungern braucht der Mann auch nicht.

Man erzählt uns so gerne von den Frauen von 1813, die ihre Trauringe und ihre schönen Haare auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, wir sind gespannt, ob wir, wenn das Vermögensopfer kommt, auch von einem Kriegsgewinner hören werden, der von seinem Millionenvermögen auch über das vom Staate geforderte Maß hinaus dem Vaterlande geopfert hat.

Selbstverständlich kann es sich bei dem Vermögensopfer nicht nur um Kriegsgewinner handeln. Es handelt sich vielmehr um Heranziehung des ganzen großen Kapitalbesitzes.

Die Durchführung einer solchen Finanzreform wird technisch ihre Schwierigkeiten haben. Das werden wir genug zu hören kriegen. Aber diese Schwierigkeiten lassen sich überwinden, wenn man erst über die eine große Schwierigkeit Herr geworden ist, über den Egoismus der Mehrzahl der Kapitalisten.

Da sage man uns noch einmal, daß dieser Krieg keine Revolution sei!

## Die Friedensverhandlungen.

Die Reichstagsparteien und die Regierung.

Berlin, 20. Dezember. (Amtlich.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vertreter sämtlicher Reichstags-Parteien zu einer vertraulichen Aussprache über die durch den Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland geschaffene politische Lage. Der Reichskanzler teilte mit, daß der Kaiser ihm das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt und daß er Staatssekretär von Kühlmann als Unterhändler bestellt habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gab einen Überblick über den geplanten Gang der zukünftigen Verhandlungen und legte die Gesichtspunkte dar, von denen die Regierung sich dabei leiten lassen wird. Nach eingehender Aussprache wurde die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten zu den in den Ausführungen des Staatssekretärs dargelegten allgemeinen Richtlinien festgestellt. Man einigte sich ferner dahin, daß die nächste Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 3. Januar stattfinden soll.

Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, haben in der Besprechung der Fraktionsführer mit dem Reichskanzler die Vertreter der beiden extremen Parteien, Graf Westarp (Konservativer) und Abgeordneter Haase (Unabh. Soz.) in Nebenfragen Kritik an der Regierungserklärung geübt, sich aber ihren Grundzügen angeschlossen.

Die russischen Vertreter in Brest-Litowsk.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Die russische Abordnung zu den Friedensverhandlungen ist nach Brest-Litowsk abgereist. Sie besteht aus dem nationalen Professor Potrowski und dem Diplomaten Dobrowski, dem Admiral Zwanzow und dem Finanzmann Dolenki.

Friedensbemühungen eines Neutralen.

In Pariser Blättern veröffentlichte Depeschen angeblich holländischen Ursprungs berichten, daß ein nicht näher bezeichneter neutraler Staat sich bemüht zeige, seine guten Dienste im Interesse der Erreichung von allgemeinen Friedensverhandlungen anzubieten. Die Depeschen sind sehr dunkel gehalten, namentlich bezüglich des Punktes, ob jene neutrale Macht, die besonders für das Schicksal Belgiens eintritt und ein Arrangement vorschlägt, welches Deutschland die Kolonien wiedergeben soll, aus eigener Initiative oder autorisiert jene vorbereitenden Schritte macht.

## Balfour über die Kriegsziele.

Im Unterhaus griff der Abg. Bonsonby die Diplomatie Englands und seiner Alliierten scharf an und erklärte, die veröffentlichten Kriegsziele der Alliierten stimmten nicht mit den Vorschlägen in den Geheimverträgen überein.

In seiner Antwort betonte Balfour, die kriegspolitischen Äußerungen des Präsidenten Wilson und die Gedanken verschiedener Führer in England schienen ihm in durchaus einheitlichem Geiste gehalten zu sein. Balfour bezog sich auf die vielen Äußerungen zur Kriegspolitik seitens der Mitglieder der früheren und jetzigen Regierung, die stets im selben Sinne gesprochen und die großen Ziele, für welche Britannien ohne selbstsüchtige Beweggründe kämpfe, mit vollkommener Klarheit ausgedrückt hätten und fuhr fort: Wie kommt Bonsonby zur Anwendung so offener großer Kunstgriffe? Doch nur, weil er alles so zu tun wünscht, was die Politik unserer Feinde untergraben kann, deren hauptsächlichstes Mittel zur Stimmungsmache im eigenen Lande und Rußland das war, unsere Ziele als selbstsüchtig imperialistisch hinzustellen und zu behaupten, daß England wegen rein selbstsüchtiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzukürzen wünschten. Aber es gibt keine größere Verleumdung der Tatsachen. Bonsonby sagte: Das Auswärtige Amt und das Kriegskabinett seien ungeschickt gewesen und hätten Rußland gehindert, auch in diesem Augenblicke noch mit vollem Herzen auf Seiten der Alliierten zu stehen. Die russische Revolution sei hier im Lande und von der Regierung so kaltherzig begrüßt worden, daß die ganze Zukunft unserer Beziehungen zu Rußland höchstwahrscheinlich dahin wäre. Balfour fuhr fort: Ich kann mich verbürgen, daß, soweit die Regierung und das Unterhaus in Betracht kommen, das Ende der üblen Autokratie in Rußland mit warmer Begeisterung und warmen Hoffnungen begrüßt wurde, die leider anscheinend bis heute wenig gerechtfertigt sind. Die Konferenz über die Kriegsziele ist von der englischen Regierung nicht angelehnt worden. Es lagen da ungeheure Schwierigkeiten vor. Auf alle Fälle wurde, wie ich denke, von allen kriegführenden Mächten und zu einer gewissen Zeit besonders stark von der russischen Regierung selbst empfunden, daß dieser oder jener Augenblick für diese besondere Erörterung nicht günstig sei, daß vielmehr nicht so sehr eine Aussprache über die Kriegsziele wünschenswert ist, wie solche über Kriegsmethoden. Den Krieg zu fördern ist das nächste und wesentlichste Interesse. Bonsonby scheint zu denken, daß wir eine ungeschicktere, ja verbrochenerische Geheimhaltung unseres Verfahrens zugestanden hätten, daß wir bei unseren Erklärungen betreffend die Selbstlosigkeit unserer Ziele, womit wir in den Krieg eintreten, unser Volk und die Mittelmächte getäuscht und etwas getan hätten, was Bonsonby als Befleckung der Ehre unseres Landes bezeichnete. Unsere Erklärungen betreffend die Uninteressiertheit, mit der wir in den Krieg eintreten, waren Erklärungen über die Politik unseres Landes; es war aber nicht unsere Sache, die Absichten derer, mit denen wir zusammen wirkten, zu erörtern, vielmehr wäre es eine große Unverschämtheit gewesen, ihre Beweggründe zu kritisieren. Der Gedanke war über die Maßnahmen trübselig und muß jedem so erscheinen, der nur eine oberflächliche Gesichtspunktkenntnis der englischen Politik im nahen Osten besitzt. Daraus geht klar hervor, daß die Aushebung Konstantinopels an die Russen vom imperialistischen Gesichtspunkte eine Sache ist, worin sich die englischen Staatsmänner wohl gefügt hätten, die sie aber nicht wirklich niemals selbst antragen oder dem Willkürherrscher der

Italienischer Kriegsjahresbericht.

Infolge günstiger Sichtverhältnisse war die Artillerietätigkeit beiderseits rege. Feindliche Angriffe gegen unsere neuen Stellungen auf dem Monte Vertice wurden abgewiesen. Die Zahl der von den Truppen des Generals der Infanterie Alfred Krauß in den Kämpfen östlich der Brenta seit dem 11. Dezember eingebrachten Gefangenen beträgt bisher 270 Offiziere, darunter 7 Stabs-offiziere, und 8150 Mann.

Frankreich und Belgien.

Lebensmitteleinschränkungen in Frankreich.

Der Krieg macht sich in Frankreich auch in Bezug auf die Ernährungsverhältnisse immer unangenehmer bemerkbar. In der französischen Kammer erklärte der Versorgungsminister Boret in der Schlussrede einer mehrtägigen Debatte über die Versorgungsfragen u. a.: Er müsse dem Parlament und dem Lande den Ernst der Lage und die unumgängliche Notwendigkeit von Lebensmitteleinschränkungen darlegen. Die Brotkarte werde nur als Ultima Ratio für den Fall eingeführt, daß sich die Verbraucher nicht schon freiwillig eingeschränkt hätten. Von 52 Millionen Doppelzentnern Getreide, die Frankreich vom 1. September 1917 bis 13. August 1918 brauche, fehlten 36 Millionen Doppelzentner, die aus den Vereinigten Staaten und Argentinien, wo die Preise bedeutend höher seien, herbeigeschafft werden. Die Verarbeitungs-schwierigkeiten sind ungeheuer. Er habe die allergrößten Bedrohungen für die kommenden Tage, 480 000 Doppelzentner Getreide, die man monatlich benötige, könne man nicht einführen. Der Schiffsraum sei völlig ungenügend. Uebrigens erhalte Frankreich nur unter der Bedingung, daß es sich rationiere, Schiffe von England. Selbst die Almeoporräte seien ungenügend. Seine erste Pflicht sei es, diese Vorräte zu ergänzen. Für die Zivilbevölkerung verfüge er nur über eine Reserve von 607 000 Doppelzentnern Getreide und Mehl, was dem Verbrauch dreier Tage gleichkomme. Bezüglich des Hafens sei die Lage nicht weniger beunruhigend. Man müsse deswegen die Zahl der Ueberschiffe herabsetzen. Die Zuckerration werde im nächsten Monat teilweise durch Saccharin ersetzt werden. Auch der Benzinverbrauch müsse eingeschränkt werden. Für die Kartoffeln beabsichtige er gleichfalls einschränkende Maßnahmen. Boret führte weiter aus: Er müsse die schärfsten Einschränkungsmaßnahmen ergreifen — selbst auf die Getreide hin, sich unbeliebt zu machen — ergreifen. Bezüglich des Straßes sei die Lage in anderen Ländern noch viel schlimmer. In Italien sei es eine Zeitlang so kritisch gewesen, daß die französische Regierung die italienischen Getreide abgeben mußte. Sein größtes Bemühen sei die Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Erzeugung. Es sei von besonderer Wichtigkeit, die Düngerherstellung zu vergrößern, an dem gleichfalls großer Mangel herrsche. Boret schloß, er werde alles tun, damit Frankreich die beklemmenden Stunden, die es durchgemacht habe, nicht noch einmal erleben müsse. Die Kammer nahm hierauf einstimmig die Vertrauens-tagesordnung an.

Die Caillaux-Affäre.

Pariser Blätter berichten, daß die Kammer Sonnabend vormittags und nachmittags Sitzungen zur Besprechung des Berichts Panas über die Affäre Caillaux-Poxitalo halten wird. Von radikalsocialistischer Seite werde ein Antrag zu dem Beschlusse der Enquete-Kommission eingebracht werden, der lautet, daß die parlamentarische Strafbanket von Caillaux nur unter der ausdrücklichen Bedingung aufheben wird, daß diese Affäre wie die Malon-Affäre, vor den Obersten des Senats verwiesen wird. Sembat wird den Antrag vor der Kammer vertreten.

Der Verteidiger von Lüttich aus deutscher Geisenschaft entlassen.

Der belgische General Leman, der Verteidiger von Lüttich, der sich seit September 1914 in deutscher Geisenschaft befand, ist in Bern eingetroffen. Er wird mit Einwilligung der deutschen Regierung heimbeurlaubt.

Rußland.

Die inneren Kämpfe.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Reichspräsident des „Nen“ telegraphiert: Die Kämpfe in Odesk gehen weiter. Unter dem Druck der Vertreter des Panzerkreuzers „Sinope“ und zweier Kreuzer, die auf Seiten der Bolschewiki stehen, nahm die Sitzung aller vereinigten Organisationen eine Entscheidung an, wonach die gesamte Gewalt in die Hände der Bolschewiki und der Kada übergeht.

(Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach einer Nachricht aus Kofow befindet sich die Stadt in den Händen der Kofakow.

Zu der Nachricht von dem Ultimatum, das die russische Regierung an die Ukraine richtete, meldet Reuter, daß Kaledin als Vertreter der Kofakow bei der Kada nach Kiew geschickt wurde, wohin auch Kofakow aus Kuban und Teret Vertreter zur Kada delegiert haben.

Die ukrainische Kada hat eine Uebereinkunft mit Kaledin abgeschlossen, der einen Vertreter für Kiew ernannt hat. Die letzten Berichte melden, daß durch das Eingreifen der Ortsbehörden in Odesa ein Waffenstillstand zwischen den Maximalisten und den Ukrainern abgeschlossen worden ist. Alle ukrainischen Matrosen sind von der Schwarzen-See-Flotte entfernt worden. Die alliierten Regierungen haben die Regierung der Ukraine anerkannt. Das letztere ist bezeichnend! Anzusehen hoffen die Alliierten über die Ukraine ihr Ziel in Rußland noch zu erreichen.

Keine bestimmte Haltung der Entente gegenüber Rußland.

Die „Times“ meldet, es vermute, daß die Vereinigten Staaten und die Alliierten auf der Barriere-Konferenz übereingekommen seien, keine bestimmte Haltung gegenüber Rußland anzunehmen, ehe sie die gemeinschaftliche Politik festgelegt haben.

Petersburg im Belagerungszustand.

Aus Petersburg wird gemeldet: Über Petersburg ist der Belagerungszustand verhängt worden. Versammlungen auf den Straßen sind verboten. Es wird schonungslos,

selbst unter Anwendung von Maschinengewehren, gegen Personen vorgegangen, welche versuchen, Gastwirtschaften, Läden und Wohnhäuser zu plündern. Niemand darf sich abends nach 9 Uhr mehr auf der Straße befinden.

England.

Annahme des englischen Wahlgesetzes im Oberhaus. Reuter meldet aus London: Im Oberhaus wurde der Wahlgesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Der Balkankrieg.

Abberufung Sarraills.

Reuter berichtet aus Athen vom 15. Dezember: Die Blätter melden die Abberufung Sarraills. Sein Nachfolger sei General Guillemonet. Sarraill ist für einen höheren Posten bestimmt.

Ferner wird gemeldet, daß der französische Admiral, der die Geschwader der Alliierten im Ägäischen Meer befehligte, durch Konteradmiral Satu ersetzt worden sei.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Günstige Stimmung in Argentinien und Chile für Deutschland.

Die holländische Zeitung „De Standard“ erfährt, daß die Stimmung in Argentinien und Chile nicht so ungünstig ist, wie englische Blätter glauben machen wollen. Die Stellung der Deutschen in Argentinien sei durch große Handelsfirmen und auch politisch fest begründet. Der Beschluß des Senates, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen werden sollten, entspreche nicht den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung. Der Präsident sei streng neutral. In Chile verhalte es sich ebenso.

Brasilien will sich am Kriege beteiligen.

Pariser Blätter melden aus Rio de Janeiro: Das Kabinett beschloß in Durchführung der von der Konferenz der Alliierten in Paris getroffenen Beschlüsse unverzüglich mit der Lebensmittelpersonalorgana der Alliierten zu beginnen. Die Frage der militärischen Mitwirkung Brasiliens wurde gleichfalls besprochen. Admiral de Matos wurde zum Vertreter Brasiliens im ständigen Kriegsrat der Alliierten ernannt. Militärische Kreise halten es für angebracht, die Streitkräfte Brasiliens in der Heimat von französischen Offizieren ausbilden zu lassen, damit Brasilien später den Alliierten eine vollkommene und unabhängige Hilfe bringen könne. Der belgische Geschichtsträger bemüht sich, eine südamerikanische Fremdenlegation zu bilden, die unter der Flagge der Unionstaaten an der Westfront kämpfen soll. Die Vertreter der südamerikanischen Regierungen unterstützen den Plan.

Die neue portugiesische Regierung will den Krieg in Ostafrika beenden.

Das „Diario de Noticias“ meldet, daß die neue portugiesische Regierung der Volksstimmung Rechnung tragen und den Krieg in Ostafrika beenden will. Paes habe der Presse eine Mitteilung übermittelt, in der es u. a. heißt, daß Portugal bei aller Ergebenheit und Dankbarkeit für die Alliierten nicht zum Vasallen der Großmächte werden dürfe. Portugal werde eingebend seiner ruhmvollen Tradition die Unabhängigkeit des Landes wieder herstellen. Der Krieg in Ostafrika entspreche nicht den Interessen Portugals, da er die ohnehin schwachen Kräfte in der Kolonie aufzubrehe und sie schließlich den Diktatoren Ostafrikas ausliefern. Paes kündigte die Veröffentlichung aller Verträge an, die zwischen der alten Regierung und den Alliierten über die portugiesische Waffenhilfe in Ostafrika geschlossen wurden. Aus diesen Verträgen gehe hervor, daß die portugiesischen Interessen während des Vertragsabschlusses in verbrochener Weise nicht gewahrt wurden. Dagegen sollen die Verträge über Portugals Teilnahme am europäischen Kriege vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Japans Rüstungen für die Zukunft.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Meldung aus Madagaskar vom 18. Dezember bestätigt, daß die Japaner keine Feindseligkeiten bekunden. Sie versuchen, auf jede Weise die geschäftlichen und Handelsbeziehungen zu unterhalten, die infolge des großen Rüstungszuges und verstärkten Verteidigungsmassnahmen gleich null waren. Im nächsten Januar beginnt Japan mit der Ausführung ungeheurer neuer Pläne, die auf die Verroffnung der Land- und Seestreitmacht abzielen. Das Programm sieht eine Erhöhung der Menge und Stärke der militärischen Einheiten vor. Die Gebirgsartillerie wird vermehrt, die sich im gegenwärtigen Kriege als besonders wertvolle Waffe erwiesen hat. Es werden besondere Automobil- und Flugzeugverbände geschaffen. Die Japaner kennen aus Erfahrung die Verwendung erschießender Gas- und Abwehrmittel gegen solche Angriffe. Aus den Vorbereitungen geht hervor, daß Japan bestimmt den gegenwärtigen europäischen Krieg nicht als Ausbruch des Militarismus ansieht, der endgültig von selbst zu Ende gähe. Im Gegenteil vervollkommen Japan seine Streitkräfte und erweitert sie, um auf der See seine Stellung unter den Völkern der Erde zu begründen.

Aus Südbel und den Ostbaltischen Gebieten.

Freitag, 21. Dezember.

Nationalliberal. Die von dem sogenannten medienburgischen Landtage geforderte Aufhebung des liberalen Reichstagsabgeordneten und Seminarlehrers Siedow gibt den hiesigen nationalliberal-österreichisch-vaterlandspatriotischen „Lübeckischen Anzeiger“ Veranlassung zu folgender charakteristischen Bemerkung:

Ohne eine Begründung ist aber der Schritt des Landtages weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin zu bewerten. Die Hauptfrage bleibt, was Herr Siedow gesagt hat. Daß es nicht im Sinne eines starken Deutschthums gewesen ist, läßt sich nach seiner hiesigen Rede denken. Darin aber einen Grund zur Strafverfolgung zu sehen, würde ein wenig weit gehen. So schwach ist die Sache des deutschen Friedens nicht, daß sie solcher Mittel bedürfte. Aber, wie gesagt, ein Urteil ist erst zu fällen, wenn die Äußerungen vorliegen. Daß der „Lübeckische Volksbote“ in den höchsten Tönen zeteriert, versteht sich am Rande.

Danach hat das hiesige nationalliberale Organ grundsätzlich gegen die Mahregelung eines Politikers, der von dem Recht, seine Meinung frei zu äußern, Gebrauch macht, nichts einzuwenden. „Ein wenig weit“ würde ihm das nur

kriterien aufdrängen würden. Tatsächlich war es völlig klar, daß die russische Regierung einen Anspruch auf Konstantinopel erhob. Wir waren im Begriff, miteinander einen großen Kampf für ein großes Ziel zu führen. Wir beruhigten uns dabei. Was war darin im mindesten unvereinbar mit irgendeinem von uns selbst oder von Wilson ausgesprochenen Glaubensbekenntnis? Konsonanz nächster Punkt betraf Persien. Er setzte voraus, daß die Grenzgebiete Persiens der Unabhängigkeit dieses Landes widersprechen und ein großes Unrecht der Starken gegenüber den Schwachen darstellen, was mit den besten Ueberlieferungen der englischen Staatskunst unvereinbar sei. Das ist nicht meine Ansicht. Der englisch-russische Vertrag wurde als großer liberaler Triumph der Freundschaft zwischen den Völkern durchgeführt. Er komme nunmehr zu Italien. Es verdiene von rechtswegen, daß eine andere Gebietsenteilung zu seinen Gunsten stattfindet. Inwiefern wären wir Imperialisten, wenn wir uns für diese großen und allgemein gehaltenen Ziele einsetzten? Trifft nicht daselbe für Polen und Elsaß-Lothringen zu? Ueber Elsaß-Lothringen möchte ich folgen lassen: Konsonanz denkt, wir hätten des französischen Vorkämpfers Doumergue Schritte in Petersburg kennen müssen. Er denkt das schon infolge der Angabe, daß dies nach London telegraphiert wurde. Es ist aber nicht der Fall. (Konsonanz ruft: Doch! Die Depesche beginnt: Abfahrt an London. Vertraulich!) Balfour fuhr fort: Wenn London heißt Auswärtiges Amt, kam die Depesche nicht an das Auswärtige Amt. Sie mag vertraulich an den französischen Vorkämpfer Paul Cambon geschickt worden sein; doch davon weiß ich nichts. Wir hörten zu jener Zeit nie etwas davon und sprachen auch niemals unsere Zustimmung dazu aus. Ich glaube auch nicht, daß die Politik der verschiedenen französischen Regierungen war, die während des Krieges amtierten. Wir wünschten niemals und ermutigten auch niemals den Gedanken, daß ein Stück Deutschlands vom Mutterlande abgetrennt und zu einer Art unabhängiger Republik oder Regierung in irgendeiner Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Dies war niemals ein Teil der Politik der königlichen Regierung. Die britische Regierung hatte niemals Kenntnis davon, daß dies von einem französischen Staatsmanne ernstlich geplant wurde. Ihr Schweigen wird von den Mittelmächten mißverstanden. Der Wert einer solchen Erklärung wird nur den Schaden übertreffen, den sie stiften kann. Ich bedauere tief, daß ein Mitglied einen solchen Vorfall seiner Stellung in diesem Hause dazu benutzte, um eine Rede zu halten, die ungewisselhaft dazu beiträgt, die trügerische und unermüdliche Propaganda zu stärken, welche die Mittelmächte in jedem Lande von Europa betreiben. Balfour schloß seine Rede: Wir haben unsere Kriegsziele erklärt und sie aufrichtig erklärt. Die Mittelmächte aber haben die ihrigen keineswegs erklärt. Betrachten Sie die deutsche Antwort auf die Papinote. Den Mittelmächten wurden die ausdrücklichen Fragen betreffend Elsaß-Lothringen, Belgien und Polen vorgelegt. Alle diese Fragen hätten sicherlich von den Mächten beantwortet werden müssen, die Elsaß-Lothringen genommen haben, in Belgien eingebrochen sind und Polen geteilt haben. Und doch, so schloß Balfour, sagt Konsonanz mit diesem Schriftstück in seinen Händen: Weshalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele?

Die Rede Balfours bedeutet eine bemerkenswerte Verleugnung der bisherigen englischen Politik — trotz ihrer Berufung auf die früheren Erklärungen der englischen Regierungsveterane. Denn diese lauten wesentlich anders, als Balfour heute glauben machen will. Was zunächst die Behauptung angeht, daß England ohne selbstthätigen Beweggrund in den Krieg eingetreten sei, so braucht nur an das bekannte Geständnis der „Times“ erinnert zu werden, daß England keineswegs nur zur Rettung Belgiens den Krieg führte, sondern um seine eigenen Interessen zu schützen. Und welchen „selbstthätigen“ Zweck verfolgte wohl England, als es den Krieg auf die Kolonien ausdehnte und mit erheblichem Kraftaufwand den deutschen Besitz in Afrika an sich riß? Hat es ferner den Gedankengang in Arabien und Mesopotamien etwa nicht zu rein selbstthätigen Zwecken geführt? In so handgreiflichen Beweisen der britischen Eroberungslust geht Balfours Rede mit Stillschweigen vorüber. Die Loslösung des linken Rheinufers von Deutschland hat ein englischer Minister als Kriegsziel der Entente erklärt, hinterher sollte es allerdings ein geographischer Irrtum gewesen sein; der edle Lord hatte nicht gewußt, daß links vom Rhein auch Deutsche wohnen. Als die Entente einsehen mußte, daß ihr die Zerstückung Deutschlands nicht gelingen würde, sollten ihre Kriegsziele auf einer Konferenz erneut festgelegt werden. Jetzt soll Rußland das bereit haben — daselbe Rußland, das seit dem Sturz des Zarismus fortgesetzt (auch schon unter Kerenski) auf eine Revision der Kriegsziele gedrängt hat. Es ist aber aus den Geheimdokumenten hinlänglich bewiesen, daß von London aus die Petersburger Regierung bearbeitet wurde, ihre Forderungen fallen zu lassen und dafür sich in eine neue Offenheit zu fügen. Es war also stets England, das die Klärung der Kriegszielefrage — auch unter den Alliierten — verhinderte, weil es von vornherein entschlossen war, den Krieg solange fortzusetzen, bis nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland und Frankreich erschöpft seien. Diese Schwächung aller seiner Konkurrenten auf dem Weltmarkt ist das eigentliche, sorgsam verheilte Kriegsziel Großbritanniens, zu dessen Erreichung ihm allerdings die Hilfe Nordamerikas nötig geworden ist, auf die es gewiß lieber verzichtet hätte, wenn es durch den Krieg nicht so sehr in allen seinen Berechnungen enttäuscht worden wäre. Nun auf einmal ist ihm die Auslieferung Konstantinopels an Rußland eine gleichgültige Sache, weil es nämlich nie im Ernste daran gedacht hat, es den Russen zu ungetriebenem Besitze zu überlassen. England steht sich aufgespannt, seinen Verbündeten die verprochenen Vorteile als Kriegsgewinne zu verschaffen, deshalb gibt es jetzt die Kriegsziele seiner Verbündeten eins nach dem andern preis und bestärkt sich auf seine „idealen Beweggründe“, für die der Krieg gefördert werden müsse. Der „ideale Beweggrund“ ist aber heute kein anderer mehr, als die völlige wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands. Hätte es die erreicht, dann könnten Frankreich, Italien u. a. sehen, wo sie bleiben. England wäre dann zum Frieden bereit. Jetzt aber kränkt es sich noch dagegen, weil es bei einem Bericht auf imperialistische Ziele keine Eröberungen an Deutschland und die Türkei herausgeben möchte.

Die Anfragen im Unterhaus zeigen jedoch, daß die nicht-imperialistisch gehaltenen Kreise des englischen Volkes des hereinbezüglichen Jähzuges mit den „selbstthätigen“ Beweggründen der Regierung müde zu werden beginnen. Die Regierung muß ihre Stellung als arg bedroht ansehen, denn ein Amerikaner Blair meldet aus London: Hier wird Lloyd George vielleicht im Unterhaus, das sich hierauf über Reichsfragen vertragen wird, eine wichtige Erklärung abgeben.

Die Kriegslage.

Die Meeresberichte.

Berlin, 20. Dezember, abends. (Amtlich.)

Beständige italienische Angriffe gegen den Monte Pelicciolo und die wichtig und wichtig ansehenden strategischen Stellungen fortgesetzt. Von der anderen Kriegsschauplatz nicht Neues.

gehen, wenn das wegen seiner Heftigen Rede gefahren sollte. So ziemlich wäre also das Blatt auch einverstanden, wenn das die Ursache wäre. Und was hat Stolowich hier gesprochen? Er ist für den Verständigungsfrieden eingetreten, den die Mehrheit des Reichstages und nach ihrer Angabe auch die Reichsregierung will, der allerdings den allseitigen Heimkriegern ein Grauel ist. Wie konnten doch die „Lübeckischen Anzeigen“ so wacker schimpfen, als die Regierung den Generalstaatssekretär Kapp, der den Reichsanwalt in ungeheuerlicher Weise verdächtigt hatte, nicht wieder bestätigte! Das Recht der freien Meinungsäußerung wollen diese Leute nur für die, welche in das Horn der Eroberungspolitiker luten. Für den Gewaltfrieden, gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und gegen die Meinungsfreiheit lautet die Parole jener Kreise, die so tun, als ob sie allein die wahren Patrioten seien.

Zum Maßregelungsbeschluss des Landtages gegen den Abg. Stolowich schreibt der „Vorwärts“: „Man hat zu lange über Mecklenburg gelacht. Man muß es endlich ernst nehmen. Früher wird man den Schandfleck nicht los!“ Das „Samburger Echo“ beschäftigt sich ebenfalls mit dem Gewaltakt und bemerkt hierzu: „Ob sich diese Terroristen nicht darüber klar werden können, daß eine derartige Maßnahme dem Ansehen Deutschlands innen und außen mehr schadet, als je wieder gutgemacht werden kann? Es wird die höchste Zeit, daß das deutsche Volk gegen diese Kollegen und Standesgenossen des Herrn Kommandostopp das Disziplinarverfahren auf Entlassung aus ihrem Amt eröffnet!“

**Patriotischer Rißsch.** Wenn der Friedensbewegung wieder bessere Zeiten lächeln und die Erinnerung an die Furchtbarkeit dieses Krieges ihre Reihen stärker füllt als je zuvor, — dann sollten die Pazifisten neben anderen, vom Kriege abfähernden Veranstaltungen nicht veräumen, ein Museum des Krieges Rißsches anzuführen, der in diesen Jahren über das sogenannte Kunstgewerbe hereinbrach. Mit Schaudern wird dann die Nachwelt, wenn sie die inzwischen unterbrochene künstlerische Entwicklung wieder aufnahm, die Menge der Greuel überblicken, die auf uns herniederprallt, ausgestreut zum Teil von Leuten, die alle möglichen guten Zwecke damit verknüpfen und denen es nicht selten sogar gelang, wohlmeinende, aber mehr oder weniger ahnungslose Protektoren zu gewinnen. Das neueste auf diesem Gebiete ist eine Antegung folgender Art:

„Die nationale Kriegsbratpfanne. Unter dem Protektorat J. A. S., der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, Schatzherrin des Provinzialverbandes Hessen-Nassau. Wie's so geht, — viele kennen und besitzen sie bereits, aber auch viele haben noch nicht von ihr gehört! Darum sollen diese Zeiten erneut für sie werden, ist sie doch für unsere Plattenbuden von gewichtiger Bedeutung. Im Vorjahre in unserer Ortsgruppe Frankfurt a. M. geboren, ist die Kriegsbratpfanne als edles, rechtes Kind ihrer Zeit natürlich aus Eisen. Ihr Stiel, wie ein Schwertgriff geformt, trägt das Relief einer Hausfrau und eines Streikers, beide Hand in Hand; an ihrem Rande prangt die Inschrift: „Der deutschen Hausfrau Opferinn — Gab Kupfer für das Eisen hin.“

Diese nationale Kriegsbratpfanne ist in jedem Falle eine üble Kriegserinnerung.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Freitag, dem 28. Dezember, abends 6 Uhr statt.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für Lübeck hielt gestern eine Ausschussung ab. Zur Festlegung des Voranschlags für das Verwaltungsjahr 1918 erklärte der stellvertretende Kassenvorstand K. B. R. n. e. r., daß der ungünstige Abschluß des Voranschlags mit 153 408 Mk. Fehlbetrag auf den Krieg und seine Wirkungen zurückzuführen sei. In der Erläuterung der einzelnen Postitionen des Voranschlags wies Redner u. a. darauf hin, daß die Kasse in diesem Jahre im Vergleichsweg einen Nachschuß von 50 000 Mk. aus der zurückgestellten Arztpraxiskasse erwarten könnten. Die für Arznei vorzulegende Summe mußte erhöht werden, weil Arzneikam. erhältlich sei und was man bekommen, sei nach Angabe der Apotheker nur auf dem Wege des Schleißhandels zu erlangen. Dadurch erhöhen sich natürlich die Kosten. Beim Militär befinden sich rund 3500 Mitglieder der Kasse; an erkrankte Soldaten, die sich weiter versichert haben, werden monatlich 9000—9000 Mark an Krankengeld ausbezahlt. Die hohen Verwaltungskosten mit 235 000 Mk. seien auch eine Ursache des Krieges, der das feste, eingearbeitete Personal weggenommen hat. Zur Deckung des Fehlbetrages würde mit einer kleinen Beitragserschöpfung zu rechnen sein; endgültig würde die nötige Ausschüttung hierüber zu entscheiden haben. — In der Debatte wünschte B. a. r. k. e. l., daß der Vorstand versuche, aus der Arztpraxiskasse eine höhere Rückstellung als bisher zu erzielen. R. B. n. e. r. gab näheren Aufschluß über die Verhandlungen mit den Ärzten. S. a. l. a. m. o. n. wünschte an Stelle der teuren und knappen Arznei Stützungsanstalten, andernorts habe man für die Rekonvaleszenten besondere Küchen eingerichtet. R. B. n. e. r. wies auf die Schwierigkeiten der Erfüllung dieses Wunsches hin. — Auf Vorschlag des Rechnungsausschusses wurde der Voranschlag genehmigt. In den Rechnungsausfluß wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der Vorstand ließ mitteilen, daß die Levensversicherungen für die Angestellten ab 1. Juli 1917 auf monatlich 60 Mk. für die Verheirateten, 15 Mk. für jedes Kind und 35 Mk. für Ledige erhöht worden sind.

**Polizeistunde an den Festtagen.** Die Gast- und Schankwirtschaften sowie die Kaffee- im Gebiete der Stadtgemeinde Lübeck dürfen am 25. und 26. Dezember und am 1. Januar 1918 bis 11½ Uhr abends, am 31. Dezember ds. Js. bis 1 Uhr nachts geöffnet bleiben. Eine Viertelstunde nach Eintritt der Polizeistunde müssen die Schankräume von den Gästen verlassen sein; innerhalb einer weiteren Viertelstunde hat jede Gas- oder elektrische Beleuchtung in ihnen aufzuhören.

Das stellvertretende Generalkommando erklärt eine Bekanntmachung mit Wirkung vom 20. Dezember 1917 ab, nach welcher das Füllen von Eichen bis zu 40 Jahren in Eichenhain- und Waldungen von starker Eichenbeimischung verboten wird. Der Zweck der Verordnung ist die Sicherstellung der Gerbindengewinnung. Ausnahmen von der Verordnung kann die Kriegsstabsstelle Altona, Geibelstraße 1, bewilligen.

**Wie steht es mit dem Petroleum?** Vor vielen Wochen erhielten die Inhaber von Petroleumarten 1½ Liter dieses notwendigen Brenn- und Beleuchtungslöffes. Das war natürlich viel zu wenig um einige Zeit damit auszukommen. Dann wurde bekannt gegeben, daß für den Monat Dezember auf die betr. Karten vier Liter verabfolgt werden sollten und später wurde noch ein weiterer Liter dazu versprochen. Leider hatten viele der Petroleumarteninhaber nur Ausfluß auf Petroleum, denn in den Geschäften war nichts zu haben. Und so litten sie nun im Dunkeln. Diese Zustände sind einfach unhaltbar. Es ist dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß sofort Petroleum in den Läden zu bekommen ist. Sonst muß ein Teil der Bevölkerung auch die Weihnachtsstage noch im Dunkeln verleben.

Einen unerwarteten Erfolg hat, wie man uns schreibt, der Aufruf der Darlehnskasse für Kriegsgeschädigte gehabt, der in den heutigen Zeitungen erschienen ist. In diesem Aufruf wurde zur Beschaffung von Hausrat für Kriegsgesamte um Ueberlassung gebrauchter Hausratsgegenstände sowie um Spendung von Geldmitteln für Anfertigung von Hausrat gebeten. Auf diesen Aufruf hin ist Hausrat fast gar nicht überwiesen; Geldbeiträge sind nur in geringer Anzahl eingegangen (die einzelnen Spender verdienen unter diesen Umständen besonderen Dank). Dagegen sind in großer Anzahl Anträge auf Ueberlassung von Hausrat seitens der Kriegsgesamten eingegangen. Diese Anträge lassen sich mit besonderer Deutlichkeit erkennen, wie dringlich die Beschaffung von Hausrat für Kriegsgesamte auf gemeinsamer Grundlage ist. Es sei daher jener Aufruf nochmals in Erinnerung gebracht mit dem Bemerkung, daß Gesandten bei allen Banken und Sparkassen auf dem Konto der Darlehnskasse für Kriegsgeschädigte eingezahlt werden können. Wer in den Tagen der Darlehnskasse in Ueberweisung wird ge-

# Der amtliche Kriegsbericht.

112. Großes Hauptquartier, 21. Debr. (Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
**Seezergroupe Kronprinz Rupprecht**  
In Flandern blieb bei dichtem Nebel die Artillerietätigkeit meist gering. Nördlich von der Straße Menin-Opern trat am Nachmittag erhebliche Feuersteigerung ein. In erfolgreichen Erkundungsgesichten südlich von Hollebeke wurde eine Anzahl C-Fänger gefangen.

**Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.**  
Bei Sirzbach, südlich von Altkirch, fielen bei gelungenem Vorstoß in die französischen Linien 21 Gefangene in unsere Hand.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Nichts Neues.  
**Mazedonische Front.**  
Keine größere Kampfhandlung.

**Italienische Front.**  
Siebenmal stürzten italienische Kräfte gegen die von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Tagen erlängten Höhen westlich von Monte Alonte, dreimal gegen den Monte Vertica an. Alle Angriffe scheiterten unter schweren Verlusten.

Gleichen Misserfolg hatte ein feindlicher Angriff am Monte Solarolo. Feindliches Feuer hielt während der Nacht und am frühen Morgen in dem Kampfabschnitt an.

**Der Erste Generalquartiermeister.**  
Lubendorff.

beten, die mit der Beschaffung von abrauchtem Saustrat betrauten Generale für private Küchens, Köchler, 19 (Kernstr. 744) mitzuteilen. — Auf Wunsch wird auch angemessene Bezahlung der überlassenen Beamtstände erfolgen.

Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene macht darauf aufmerksam, daß die Geschäftsräume in den Festtagen vom 22. bis 27. Dezember sowie am 31. Dezember und am 1. Januar geschlossen bleiben.

Die Weihnachtsfeier der Kriegs-Produktionsammlung wird am 23. Dezember, dem 22. Dezember nachmittags, in der Hauptturnhalle, nicht wie anfangs geplant, in den Salzküchen stattfinden. Hier 500 Kinder werden an der Feier teilnehmen. Kreunde der Sate sind herzlich willkommen. Einlaß für Kinder mit weissen Karten 4½ Uhr; Einlaß für Kinder mit Gutscheinen 4 Uhr. — Die Sammelstelle Salzküchen wird am Sonnabend ganz und am Montag am Nachmittag geschlossen sein.

Regeln für Theaterbesucher. Generalintendant Dr. Karl Zeiß vertritt im „Theater-Almanach“ der städtischen Bühnen in Frankfurt folgende beherzigenswerte Regeln für Theaterbesucher, die überall Beachtung verdienen:  
Komme pünktlich zur Vorstellung. Der zu spät Kommende ist ein „öffentliches Vergehen“.  
Verlasse den Zuschauerraum erst, wenn der letzte Ton oder das letzte Wort verklungen ist. Der Gedanke an Mantel und Regenschirm in der Garderobe nicht das Signal.  
Störe Deinen Nachbar nicht während des Spiels durch Papierknallen, Räscheln, Tuscheln und halblauten Kommentare zum Theatergeschehen. Der Nachbar könnte Dich auf ästhetischen Schadenersatz verklagen.

Wenn Du einen starken Bronchialkatarrh hast, bleibe lieber zu Hause. Nicht nur „Pönten“ können dem Schauspieler wegegehakt werden, es sind schon ganze Akte durch Hustenkonzerter über den Saufen geworfen worden.

Habe den Mut der eigenen Meinung und lasse Dich nicht beirren durch die scheinlich anachronistische Nachbars, die mit unverständlichen Schlagworten um sich wirft. Bleibe fest gegenüber der Stimmungsmache von Klüngel und Clique, die persönliche Eitelkeit fördert und nicht die Sache der Kunst.

Wenn Du ein neuartiges Werk hörst, verzeihe den „Musikalischen Zeitfaden“, oder „Die Dramaturgie der Klassiker“ und „Die Technik des Dramas“. Daß alle Säkulareisheit zu Hause. Wenn Du durch ein Stimmungsbild oder durch eine leibliche Auseinandersetzung innerlich berührt und gefesselt wirst, so rufe nicht nach „Handlung“ oder nach einer „Haute- und Staatsaktion“.

Auch wenn Du in die Jahre kommt, bewahre Dir jugendliche Empfänglichkeit. Die Jugend will nicht vom Alter abgeurteilt sein. Jede Generation hat ihre eigenen Anschauungen, Ideale und — Rechte.

Urteile nicht vorschnell über Wert und Vorstellung. Vergiß nicht, daß der Rezensent des Dichters und Tonkünstlers meist ein Geistesweg ist. Vergiß auch nicht, daß jede Aufführung das Endergebnis einer langen mühevollen Arbeit darstellt.

Zum Besten der Hinterbliebenen eines Reserve-Korps, das durch seinen Führer besonders innig mit Lübeck verbunden ist, wird, wie man uns mitzuteilen erlaubt, in der Zeit vom 21. bis 26. Dezember eine Reihe von Militärkonzerten seitens des Landes-Kriegerverbandes Lübeck veranstaltet werden, wozu aus der Front die Kapelle des Infanterieregiments Nr. 182 beurlaubt worden ist. Die Konzerte dürften seitens der Bevölkerung regstem Interesse begegnen. Im Gegensatz zu den aktiven Korps haben die Reservekorps bei der Fürsorge für ihre Hinterbliebenen nicht den Rückhalt, den die Garnisonen den anderen Korps zu bewahren pflegten. Um so mehr ist es notwendig, sich gerade dieser Verbände anzunehmen. Im Interesse des guten Zweckes wie bei den anerkannten erstklassigen Leistungen der aktiven Regimentskapelle ist den Veranstaltungen ein voller Erfolg zu wünschen.

10. vollständiges Konzert. Das 10. vollständige Konzert findet ausnahmsweise Sonnabend, den 29. Dezember im Stadttheater statt. Kartenvorverkauf vom 27. Dezember ab.

pb. Beim Stehlen ertrappt. Gestern mittag wurde ein in der Bedenstraße wohnhafter mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafter Schneider dabei abgefaßt, als er gelegentlich eines kleinen Zigarettenkaufs ein Riste Zigarren dazu stahl.

pb. Entwendete Marzipanmasse. Gestern abend ist von einem in der unteren Kleischauerstraße haltenden Wagen eine Riste Marzipanmasse im Werte von 500 Mk. gestohlen worden. Die Riste trägt die Signierung 4393 und den Brandstempel Lübecker Marzipanfabrik von Minden u. Bruhns.

pb. Fahrraddiebstahl. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden ist gestern nachmittag ein vom einem Hause in der Kleischerstraße hinziehend gewesenes Fahrrad mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummern 2775. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen.

Segeberg. Die zwangsweise Milchverjorgung hat der Kommunalverband von Segeberg den umliegenden Kolonien aufgelegt, um die Stadt mit Mager- und Futtermilch zu versorgen. Es sollen täglich liefern die Meierei Beebe 700 Liter, Schieren, Groß-Sladerbrügge, Kewengörns und Weegen je 300 Liter und Kükels und Högersdorf je 200 Liter. Den Vertrieb der Milch hat die Segeberger Molkerei zum Preise von 16 Pfg. den Liter übernommen. Die Überflüsse oder geringere Milch soll zu Käse verarbeitet und ebenfalls an die Bevölkerung abgegeben werden. Diese Maßnahme bedeutet eine Benachteiligung der benachteiligten Großstädte, die sich aus jener Gegend Milch beschaffen

**Hamburg. Lohnbewegung in den Metallwarenfabriken.** Der Deutsche Metallarbeiterverband, Zweigverein Hamburg, hatte Dienstag nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung der in den Metallwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erberufen zwecks Stellungnahme zu dem Angebot der Arbeitgeber betreffend Lohnhöhung. Der Referent, Richter, wies darauf hin, daß seitens der Organisation bereits vor längerer Zeit im Auftrage der betreffenden Arbeiter der Vereinigung der Metallindustriellen die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pfg. eingereicht worden wäre. Ferner wurde verlangt, daß bei Akkordarbeiten ein Mindestlohn von 1,40 Mk. pro Stunde garantiert werde. Auf diese Forderungen hätten die Arbeitgeber am 7. Dezember geantwortet, daß sie bereit seien, den männlichen Arbeitern einen Lohnzuschlag von 6 Pfg. pro Stunde zu gewähren und zwar sollen 4 Pfg. ab 1. Januar 1918 und die restlichen 2 Pfg. ab 1. April 1918 gezahlt werden. Die jugendlichen Arbeiter und die Arbeiterinnen erhalten nur die Hälfte dieser Lohnzulage. Auch soll die Lohnhöhung auf die bereits gewährten Teuerungszulagen voll und ganz in Anrechnung gebracht werden. In der Versammlung wurden diese Zugeständnisse der Arbeitgeber als viel zu gering bezeichnet, namentlich erklärte man sich mit der Anrechnung der Lohnhöhung auf die Teuerungszulage durchaus nicht einverstanden. Nach längerer Debatte wurde das Angebot der Arbeitgeber einstimmig abgelehnt und die Organisationsleitung beauftragt, sich nochmals an die Unternehmer zu wenden.

Altona. Verurteilte Polizeiergenteanten. Die Strafkammer verurteilte Donnerstag die Polizeiergenteanten Steffen und Hofmann an Altona wegen gemeinschaftlicher mehrerer Diebstähle zu je drei Jahren. Zu Hofmann und fünf Jahren Zuchthaus. Sie haben in Behrenfeld Landhäuser ausgeraubt. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde in den Wohnungen gefunden.

Sternberg. Die mecklenburgische Verfassungsfrage hat wieder einmal den „Landtag“ beschäftigt. Dieser will bekanntlich von einer wirklichen Volksvertretung für das Land mit dem Odenkopf im Wappen nichts wissen und lehnt die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des mecklenburgischen Volkes rundweg ab. Ihm hat der Krieg keinen Hauch freirechtlichen Geistes gebracht, er hat kein Verständnis dafür, daß die ungeheuerlichen Opfer nicht für die Erhaltung politischer Rechtsstaatlichkeit gebracht werden. Von den Regierungen wurde jetzt verlangt, daß sich der Landtag der Beratung wegen Einführung einer Verfassung zu wende. Der Landtag hat die Verfassungsangelegenheit einer aus 12 Ritters und 18 Bürgermeistern bestehenden „Kommission“ überwiehen, die nach den bisherigen Erfahrungen nichts irgendwie Brauchbares produzieren wird. In seiner Schlußrede führte der „Ritter“ Landrat v. M. a. h. a. n. (Moskow) aus: „Dies ist vielleicht der letzte Landtag in Sternberg. Die Mehrheitsparteien des Reichstages streben ja dahin, überall den Parlamentarismus einzuführen. Die uns honorierenden Kämpfe werden nicht allein um unsere Verfassung, sondern auch um die Aufrichterhaltung des monarchischen Systems in Deutschland gehen. Dieser Kampf wird von der Linken geführt, obgleich wir gerade unter dem monarchischen System zu der Macht gelangt sind, daß wir der ganzen Welt Trost zu bieten imstande sind. Ich weiß mich eins mit Ihnen allen darin, daß wir nach wie vor das monarchische Prinzip hochhalten und treu zu unserm angestammten Fürstentum stehen.“ — Natürlich hat die Einführung einer Volksvertretung, die aus Wahlen auf Grund des gleichen Wahlrechts hervorgeht, mit dem monarchischen Prinzip nichts zu tun. Aber die „Ritter“ wollen auf solche Weise der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen, um sich selbst ihre mittelalterlichen Vorrechte zu erhalten.

Lothst. Eine schwere Gasvergiftung hat sich hier ereignet. Das Gaswerk hielt abends infolge Kohlenmangels den Betrieb ein. Der Bierverleger Krüger vergas Dienstag abend den Gashahn zu schließen. Mittwoch morgen nach Aufhebung der Gasperrückstände das Gas in das Schlafzimmer des Ehepaars Krüger. Beide wurden in beschleunigtem Zustande aufgefunden. Nach erfolglosen Wiederbelebungsversuchen schaffte man sie nach Garburg ins Krankenhaus Mariabühl. Dort ist der Chemann Krüger bereits gestorben. Es besteht jedoch Hoffnung, die Frau am Leben zu erhalten.

Bremen. Der Bürgerkaufslöhne am Mittwoch las zunächst ein Antrag der Deputation für die Beleuchtungsämter auf Erhebung eines 20prozentigen Zuschlages für den elektrischen Strom vor, der bis zu zwei Jahren nach dem Kriege erhoben werden soll. Der Vorschlag wird mit der Vertierung der Kohlen und aller Betriebskosten begründet. Aus der Mitte der Bürgerschaft wurde die Befürchtung laut, daß die Strompreiserhöhung auch eine Erhöhung des Straßenaufwands zur Folge haben werde, wogegen auf jeden Fall Maßnahmen getroffen werden müßten. Der Antrag wurde angenommen. Die Bürgerschaft genehmigte dann die Ausgabe von 100 000 Mk. Es sollen Guthaben über 50 Pfg. im Nennwert von 300 000 Mark ausgegeben werden, bei weiterer Einziehung der Mittel können auch Notgeld für 10- und 5-Pfennigstücke. Das Notgeld gelangt vom 20. ds. Mts. an in den Verkehr.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Dezember. (Amtlich.) Wiederum wurden durch unsere U-Boote im Bristol-Kanal, im Hermal-Kanal und in der Nordsee 4 Dampfer, ein Segler und 3 englische Zisterfahrzeuge vernichtet, darunter ein bewaffneter englischer tief beladener Dampfer, sowie der bewaffnete französische Schoner „Le Pierre“, der mit Kohlen von Cardiff nach St. Malo unterwegs war. Bei zweien der versenkten englischen Zisterfahrzeuge konnten die Namen festgestellt werden, „Courage“ und „Gazelle“. Einem nach dem Bristol-Kanal einlaufenden Frachtdampfer wurden scharfe Artillerie-Treffer beigebracht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Stockholm, 20. Dezember. Ueber den nunmehr abgeschlossenen Waffenstillstand äußerte sich Trostky zu dem in Petersburg weitenden jüdischen Antisemitismusführer Hoeglund, ein Separat-Waffenstillstand bedeute allerdings noch nicht den Separatfrieden, drohe aber mit einem solchen. Von den Arbeitermassen der Entente-Länder hänge es ab, nunmehr die Gefahren eines Separatfriedens abzuwenden. Ein Separatfrieden ist möglich. Wollte Rußland einen solchen um jeden Preis ausweichen, so würden wir die Knecht Lloyd Georges und Clemenceaus werden und hätten nicht nötig gehabt, Kerenski zu stürzen. Der Krieg war eigentlich schon durch die zweite russische Revolution (Trotsky meint damit die Bolschewiki-Umwälzung) getötet, und unsere Aufgabe ist nur noch, diese Leiche zu begraben.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt. In den gelamten übrigen Rubriken: Johannes Stolling. Verleger: J. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gemalt in Lübeck.

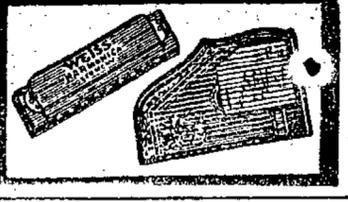
## Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des westlichen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Zu auf Erfolg rechnet, infolgedessen



# Musikwaren in großer Auswahl

**Herm. Haller, Lübeck**  
Markt 3 und Kohlmarkt 12.



Die unterzeichneten

## Bankfirmen

bringen hierdurch zur Kenntnis, daß sie am Montag, dem 24. Dezember 1917 (Weihnachtsabend) ihre Geschäftsräume

## geschlossen

halten.

- Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H. Sal. L. Cohn.
- Commerzbank in Lübeck.
- Dresdner Bank Filiale Lübeck.
- Alfons Frank & Co.
- Holsten-Bank Abteilung Lübeck.
- Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Lübecker Privatbank.
- Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck.
- Spar- und Vorschuss-Verein Schwartau.
- Vorschuss- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.
- Louis Wolff Kommandit-Gesellschaft. 4200

## Weihnachtsbitte für Kriegerwaisen

Groß ist die Zahl der Lübecker, die im Dienste des Vaterlandes ihr Leben gelassen haben. Nie verlöschender Dank folgt ihnen über ihr Grab hinaus. Der Dank aber soll sich wirksam erweisen, indem für ihre Waisen ausreichend gesorgt wird. Ueber 1000 beträgt schon die Zahl der bedürftigen Waisen. Für sie, insbesondere für ihre Erziehung und Ausbildung, gilt es in Ergänzung der staatlichen Fürsorge Mittel zu sammeln. Darum: **Mitbürger bezeugt Euren Dank an die gefallenen Kämpfer, indem Ihr der Waisen gedenkt!**

Jeder, auch der kleinste Betrag, ist willkommen. Die gesammelten Gelder werden den Waisen alsbald zugeteilt und in Spartassenbüchern sichergestellt werden.

Beiträge nehmen außer den Unterzeichneten sämtliche Banken unter dem Konto „Kriegerwaisenspende“ entgegen.

Sofern jemand für eine bestimmte Waise in Form einer Kriegspatenschaft zu sorgen wünscht, ist die unterzeichnete Fürsorgestelle zur Vermittlung gerne bereit.

Lübeck, den 8. Dezember 1917.

## Die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegervitwen und -Waisen, St. Annenstraße 3.

Senator Heinr. Evers.

Vorstehenden Aufruf unterstützen aufs wärmste:

- Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege Senator Kulenkamp.
- Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Bielefeldt.
- Der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen Senator Dr. Eichenburg.
- Das Jugendamt Regierungsrat Dr. Lange.
- Der Landeskriegerverband Rechtsanwalt Wentowig, Hauptmann der Landwehr.
- Der Vaterländische Frauen-Verein vom Roten Kreuz Frau Senator Straß.
- Der Lübecker Landesverein vom Roten Kreuz Medizinalrat Dr. Riedel.
- Der Kameradschaftsbund der 76er und 162er. Jul. Dutzau. 4198

- Diverse Spielsachen u. ein großer Rocktopf zu verkaufen. 4198
- Ein guterh. Klappsportwag. zu verkaufen. 4211
- Ein guterhalt. Schreibtisch zu verkaufen. 4206
- Eine guterhalt. Gürteltasche zu verkaufen. 4194
- Ein Schreibstift zu verkaufen. 4193
- Nachnahme hiermit die gegen Fräulein Ida Schultze ausgesprochene Verleumdung mit dem Ausdruck des Bedauernisses zurück. 4212) get. Alma Scharnweber.

## J. H. Pein

Am Markt 12. 4197  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunenhüllen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

## Mk. 300.-

Belohnung erhält derjenige, der uns die in der Nacht vom 13.-14. Dezember gestohlenen 3 Ledertreibriemen wieder herbeischafft und die Täter so nachweist, daß dieselben gerichtlich bestraft werden können.

Lübecker Marzipanfabrik von Minden-Brubns, Stockelsdorf. 4278

**Pelzwaren** als: Muffen, Kragen in allen Pelzarten. Reichliche Auswahl. Pelzbaretts und Pelzmützen. 4199  
Eduard Hirsekorn, Sandstr. 20.

## Wandkalender 1918

ist erschienen und durch unsere Zeitungsanstägerinnen zu erhalten.

Preis 10 Pfg.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

## Karten- und bezugscheinfreier Verkauf

von 4207

## Gaskoks (Rohkoks)

ab Gaswerk II, Geniner Strasse, am

Freitag, dem 21. Dezember  
Sonnabend, 22. Dezember  
Montag, dem 24. Dezember  
von morgens 8 bis nachmittags 4 Uhr.

## Heinrich Diestel

**Hansa-Theater.**  
Sonnabend, den 22. Dez. nachm. 4 Uhr. Kleine Preise.  
Große Weihnachts-Kindervorstellung.  
**Der Struwelpeter.**  
Großes Kindermärchen von G. Bism in 4 Bildern.  
Abends 7 Uhr.  
**Die tolle Komteß.** 4216

Achtung! Achtung!  
**Karuffell**  
auf der Wallhalbinsel bei der Klappbrücke.  
Während des Weihnachtsmarktes täglich Karuffellfahrten. 4214

Allgemeines Krankenhaus.  
Besuchszeit  
anstatt Mittwochs, d. 26. d. Mts.  
am Dienstag, dem 25. ds. Mts.  
nachmittags von 2-8 Uhr.  
Die Direktion (4213)  
des Allgemeinen Krankenhauses.

Heilanstalt Strecknitz.  
Besuchstage  
für die Kranken in der Weihnachtszeit  
Sonntag, den 23. Dezember  
und Dienstag, d. 25. Dezember  
nachmittags von 3-4 Uhr.  
Die Sprechstunde für die Ärzte fällt am Montag, dem 24. Dezember aus.  
Die Direktion. 4205

Die Fürsorge für Deutsche Kriegsgefangene  
Breite Straße 27  
bleibt an den Festtagen geschlossen vom 22. Dezember bis 27. Dezember sowie am 31. Dezember und 1. Januar.

**Holz-Muttion**  
An der Lübeck-Travemünder Chaussee, rechts von der Herrenbrücke, gegenüber der Gastwirtschaft von Joh. Schwartz, soll der Raumbestand (fast ausschließlich Kiefern) an die Weidwirtsden versteigert werden. Die Fläche ist 125.000 qm groß und in 81 Lose eingeteilt. Das Versteigerungsbedingnis liegen im Restaurant Schwartz aus und sind dort oder beim Unterzeichneten gegen Zahlung von 15 Pfg. erhältlich. 4210  
Die Versteigerung findet am Freitag, 28. Dezbr., vormittags  
statt. Treffpunkt:  
Rest. Schwartz, Herrenbrücke.  
Direktor Fritz L. ebich,  
Berlin-Stechlin, Revier Nr. 4.

Verlobungsringe  
Taschenuhren  
Schmucksachen  
Willi Westphling  
32 Holstenstrasse 32

Kindervorstellung  
Theater für die Jugend  
Neue Puppenspiele 4195  
im Marmorsaal des Stadttheaters  
**Hänsel und Gretel**  
Sonnabend, den 22., Sonntag, 23., Montag, 24., Dienstag, 25., und Donnerstag, den 27. Dezbr.  
Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung 3 1/2 Uhr.  
Preise der Plätze: I. 75 Pfg., II. 50 Pfg., III. 30 Pfg.  
Vorverkauf: Musikalienhandlung Ernst Robert, Breite Straße.

**Stadttheater.** 4192  
Freitag, den 21. Dezbr. 1917  
Schauspielgemeinde:  
**Dyckerpotts Erben.**  
(note Karten.)  
Sonnabend, d. 22. Dezbr. 1917:

**Peterchens Reise ins Märchenland.**  
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.  
Sonntag, den 23. Dezbr. 1917  
Nachm. 2 1/2 Uhr:

**Peterchens Reise ins Märchenland.**  
Abends 6 1/2 Uhr:  
Gastspiel Michael Bohnen:  
**Margarethe.**

### Lohnbrücker an der Arbeit.

In dem Leibe der Kriegsgewinne schwimmen die Sprengstoffleute als die fettesten Karpfen. Alle chemischen Fabriken liefern heute Sprengstoffe. Ihre Gewinne haben schwindelnde Höhen erreicht. Sie sind so hoch, daß sie sich beim besten Willen in der üblichen Weise nicht unterbringen und verteilen lassen. Dieser Tage wurde bekannt, daß ein halbes Duzend von Farbenfabriken ihren Aktionären außer den exorbitanten Dividenden ein Extragehähen von etwa 500 Millionen Mark machen. Es werden ungefähr 170 Millionen neue Aktien ausgegeben, die den Aktionären zum Nennwerte von 107 Mark überlassen werden, während der Steuerkurs 300 bis 380 Prozent höher ist.

Beneidenswerte Leute, diese Aktionäre! In der Geschichte ihrer Vermögensanammlung wird dieser Krieg eine bedeutende Rolle spielen und immer einen hervorragenden Platz einnehmen. Man sollte nun meinen, daß in die Gemüter dieser Herrschaften etwas wie Befriedigung einzöge. In Wirklichkeit sind aber die Leitungen dieser Unternehmen unermüdet an der Arbeit, den Anteil, den die Arbeiter an den Ergebnissen haben, zugunsten der Aktionäre noch mehr zu beschneiden. Eine durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführte mäßige Erhöhung der Arbeiter- und Arbeiterinnenlöhne hat den kapitalistischen Instinkt dieser Leute zu einer Abwehraktion angeregt und die Schlagfertigkeit, mit der sie dieser Erscheinung Rechnung tragen, könnte den Arbeitern als leuchtendes Beispiel dienen.

Die Arbeitslöhne waren den Fabrikleitungen zu hoch. Was tat man? Nun, man kam zusammen und einigte sich auf einen Lohnsatz, über den bei Neueinstellungen nicht geredet werden dürfe. Wie aus einem uns vorliegenden Protokoll, das die Unterschrift von leitenden Personen der Fabrik von Bayer & Co. in Leverkusen und Schleich trägt, ersichtlich ist, besteht seit längerer Zeit in der Sprengstoffindustrie ein Ausschuß für Arbeiter-Angelegenheiten, dessen Aufgabe neben der Heranziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen die Lohnbrücker ist. Das Protokoll lautet:

Laufende Nr. 44.

#### Niederschrift

der Besprechung des Ausschusses für Arbeiter-Angelegenheiten vom 12. Juli 1917.

Anwesend: Stange, Büchel, Mösenburg, Grabendürfer, Wolff und Zimmer. Stang berichtet über eine Besprechung befreundeter Firmen der Sprengstoffindustrie in Schleich. Es ergab sich, daß die Löhne im großen Ganzen bei allen Firmen gleich sind. Mädchen werden in Wahn außerordentlich hoch bezahlt. Es fällt auf, daß bei unserer Firma die Löhne der Heizer und Schlosser im Dampftrieb verhältnismäßig niedrig sind.

An Unbetracht der Verhältnisse hat die Schleichbuser Konferenz folgendes festgestellt:

„Arbeiterinnen in Granaten-Füllwerken und in der Pulver-Fabrikation kann bei der Anwerbung ein Lohn von 40 Mark in Aussicht gestellt werden. Männer erhalten in denselben Betrieben einen Mindestlohnverdienst von 10 Mark einschließlich aller Zuschläge.“

Wenigsten ungelerneten Vorarbeitern kann bei der Anwerbung ein Mindestlohnverdienst von 50 Mark versprochen werden.“

Arbeiterbedarf: 45 Arbeiter, 24 Schlosser, 145 Arbeiterinnen. Wegen des großen Arbeiterbedarfes hält sich die Firma länger in Hamburg und Umgebung auf. Die Anwerbung wird immer schwieriger, weil die stellvertretenden Generalkommandos Werbungsverbote für nicht in ihrem Korpsbezirk ansässige Firmen erlassen. Ein

Gesuch an das Kriegsamt um Gewährung einer Ausnahmegeldung für die Farbenfabriken ist bisher ohne Antwort geblieben.

Der Vorsitzende:  
gez. Dr. Stange.

Der Schriftführer:  
gez. Dr. Büchel.

Für die Direktion:  
gez. Dr. Kretzer.

Man möchte, was zum Justizbeträumen des Ausschusses und dieser Konferenz geführt hat. Einzelne Unternehmen bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen „außerordentlich hoch“ (natürlich immer nach der Ansicht der Mitglieder dieses Ausschusses). Doch ein Trost ist den Herren in Schleich geboten: bei der Firma Bayer sind die Löhne der Heizer und Schlosser „verhältnismäßig niedrig“. Und damit den Munitionsarbeitern und Arbeiterinnen die Lohnbäume nicht in den Himmel wachsen, wird schließlich ein Höchstlohn vereinbart! Ueber diesen Lohn ist zu sagen, daß er für außerordentlich gesundheitschädliche Arbeit bezahlt wird. Den Arbeitern und Arbeiterinnen bei den in dem Protokoll bezeichneten Betrieben fröhlich die Ausbuchtung der Säure in die Haut ein und färbt ihnen Gesicht, Hände und Haar grasgrün. Zu Tausenden laufen die Arbeiterinnen entstellte herum. Und das für einen Lohn von wöchentlich 40 Mark bei den heutigen Preisen!

Wie alle lehrreichen Geschichten, so hat auch die Geschichte dieses Ausschusses eine Moral: Wenn die Unternehmer schon in der heutigen Zeit mit ihrem notorischen Arbeitermangel mit solchem Vorgehen Glück haben, welche Saiten werden sie nach dem Kriege gegen die Arbeiterchaft aufziehen? Ueber diese Frage sollte sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin recht einschende Gedanken machen. Und die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit sollte sich darüber klar sein, daß sie sich bei einer solchen Lage der Dinge den Luxus einer die geschlossenen Reihen verwirrenden Prinzipienreiterei nicht gestatten dürfe! Nein! Den Herren vom Schlage des „Ausschusses für Arbeiter-Angelegenheiten“ kann nur eine in sich gefestigte, stramm und einheitlich organisierte und vom Geiste unheilbarer Solidarität geleitete Arbeiterchaft mit Erfolg entgegenreten. Nur eine solche Arbeiterchaft kann nach dem Kriege mit dem durch den Krieg unheimlich gestärkten Kapitalismus den Kampf aufnehmen!

### Herrn v. Hendebands unausgedrohenes Getreide.

Die furchtbaren Ernährungsschwierigkeiten des Frühjahres 1917 sind noch in lebhafter Erinnerung. Damals mußte die Brotration erheblich herabgesetzt werden, was tiefgehende Beunruhigung der städtischen Bevölkerung und eine Vermehrung der ohnehin schon großen Entbehrungen zur Folge hatte. Vertreter der Arbeiterchaft, die im Kriegsernährungsamt vorstellig wurden, gab Herr v. Baboff, damals noch Leiter des Amtes, etwa folgenden Bescheid: „Meine Herren, weisen Sie mir nach, wo noch Getreide vorhanden ist, nennen Sie mir irgendeinen Bauer oder Gutsherr, der nicht ausgedrohen hat, und ich schicke ihm am nächsten Tage ein Dreschkommando auf den Hals.“

Dennoch gab es in jener Zeit noch mindestens einen Großgrundbesitzer, der so gut wie sein gesamtes Getreide aus der Ernte von 1916 unausgedrohen liegen, der nichts abgeliefert hatte: dieser Großgrundbesitzer war Herr Ernst v. Hendeband und der Gutsbesitzer auf Klein-Tschuntawe, der bekannte Führer der konservativen Partei.

Im Kreise Militärs, dem Wahl- und Wohnkreise des Herrn v. Hendeband, erzählte einer dem anderen, daß der ungedrohte König von Preußen auf Klein-Tschuntawe kein Getreide unausgedrohen habe liegen lassen. Aber alsbald fühlte sich der dortige Herr Landrat (!) verpflichtet, in der Zeitung derartigen Gerüchten entgegenzutreten und Herrn v. Hendeband mit der Motivie-

rung zu entschuldigen, die Verhältnisse hätten ihn gezwungen, so und nicht anders zu handeln; er habe nämlich die Dreschmaschine wegen Mangels an Benzin und der schlechten Qualität des Benzols nicht in Betrieb setzen können, außerdem sei dies schädlich gewesen. Auch im Ernährungsausschuss ist die Sache unteres Wissens zur Sprache gekommen und dort hat ein Parteifreund des Herrn v. Hendeband diesen mit ähnlichen Gründen vertheidigt.

Wir sind weit entfernt, diese Gründe ohne weiteres abzulehnen. Aber zugegeben, daß die Maschinen des Herrn v. Hendeband schädlich waren, daß der Betriebsstoff schlecht und in ungenügender Quantität vorhanden war, bleibt doch noch dreierlei merkwürdig: einmal, daß Herr v. Hendeband seine Ernte völlig unbefähigt liegen lassen konnte, zu einer Zeit, wo jeder Bauer, der nicht ausgebrochen hätte, sofort ein militärisches Dreschkommando auf den Hals geschickt bekam. Warum hat sich kein solches Dreschkommando nach Klein-Tschuntawe verirrt? — Zweitens muß man sich fragen, ob denn Herr v. Hendeband wirklich auch das allerletzte versucht hat, um sein Getreide ausgebrochen zu erhalten, wie das doch angesichts der ungeheuren Ernährungskalamität von 1917 sicher seine Pflicht gewesen ist. — Drittens muß rein tatsächliche festgestellt werden, daß trotz der noch bestehenden Mängel Herr v. Hendeband mit derselben Dreschmaschine im heurigen Jahre nicht nur seine Ernte so rasch ausdreschen konnte, daß er sie noch 14 Tage vor Auszahlung der Frühdrückprämie zur Ablieferung bringen konnte.

Da sich seit geraumer Zeit die verschiedensten Behörden und Körperschaften mit diesem Vorfall von Klein-Tschuntawe beschäftigt haben, scheint es uns im Interesse einer vollständigen Aufklärung angebracht, ihn auch der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Nur so kann sich klar herausstellen, ob es sich um eine Häufung unglücklicher Zufälle handelt, wie wir gern annehmen wollen, oder aber um Verfehlungen, die ihren Urheber als Politiker disqualifizieren würden.

### Der Volksbund für Freiheit und Vaterland

tritt vor die Öffentlichkeit mit folgendem

Aufruf!

Ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen, ist uns in mannigfachen Rundgebungen der Regierung als unsere deutsche Zukunft bezeichnet worden.

Nur diese Lösung vermag unser Volk wahrhaft zu eintigen. Außere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft hängen zusammen. Nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, ist machtvoll nach außen. Innerer Neuaufbau und äußere Kraftentfaltung der Nation sind nicht zu trennen. Das verkennen alle, welche diese Neuordnung verschleppen zu dürfen glauben, statt sie unmittelbar und lebendig aus dem Kriege selbst geboren werden zu lassen, wie dereinst auch unser Reich mitten im Kriege geboren wurde.

Der viert Kriegswinter heißt diese Forderungen lauter als je. Gebietsverlust als jemals verlangt er den inneren Zusammenhalt der Nation. Vor allem rechnen wir dazu: klare Einheit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung.

Im einzelnen bedürfen wir erstens angesichts des heute noch nicht gebrochenen Vernichtungswillens unserer Feinde einer äußersten Zusammenfassung unserer Kräfte, bis jener Vernichtungswille gebrochen ist; zweitens

der sofortigen innerpolitischen Neuordnung, eines freiheitlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volksteile, um so die Kraft des Volkes zu stärken, die Freiheit zu steigern, einer reformwilligen Regierung die Stütze eines festen Volkswillens zu geben, und die notwendigen Folgerungen aus dem Wesen des modernen Staates zu ziehen, die heute jede Nation im Zusammenhang ihrer Entwicklung ziehen muß;

drittens einer klaren, vom Volk und Regierung getragenen Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabfak sicher und sicher, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Sittlichkeit und des Rechtes stellt.

### Die Rheider Bura.

Erzählung von Levin Schüding.

80. Fortsetzung.

#### Ein Geständnis.

Nachdem Monsieur Ermanns mit seinen schärfsten und stechendsten Blicken den jungen Mann betrachtet hatte, sagte er: „Folgen Sie uns in das vordere Zimmer. Sie werden uns dort Rede stehen, wer Sie sind und wie Sie hierher kommen.“

„Ich kann Ihnen das mit wenig Worten erklären,“ versetzte Richard, durch den befehlshaberischen Ton des Beamten verletzt und sich stolz aufrichtend, „wollen Sie es jedoch in dem andern Zimmer lieber hören als in diesem — mir ist das gleichgültig!“

Unterdes war Monsieur Ermanns vorausgeschritten in den vorderen Raum, das Wohnzimmer des ermordeten Grafen. Richard folgte ihm und hinter diesem ging, ihn vorsichtig beobachtend, der Untersuchungsrichter, ein großer corpulenter Mann mit rötlichem Gesicht und starkem Unterkinn, eine Gestalt, deren Neugier im ganzen weit eher eine offene Gutmütigkeit verriet als irgend etwas anderes.

In dem vorderen Zimmer liegen die beiden Herren sich an dem Schreibtisch des Grafen nieder; Ermanns legt sein Terzerol neben sich auf den Tisch. Nachdem sie Richard noch einmal eine Weile höchst finstern Blicks verwundert angesehen, begann Monsieur Ermanns: „Wer sind Sie?“

„Ich habe gerade nicht Lust, Ihnen das zu sagen,“ versetzte Richard. „Ich glaube auch nicht, daß es zur Sache gehört. Wenn ich Ihnen erklärt habe, wie ich hierher gekommen und Sie aus dieser Erklärung die Befugigung geschöpft haben werden, daß ich nicht etwa beabsichtige, den toten Mann dort drinnen zu berauben, so, denke ich, kann ich mich Ihnen empfehlen.“

„Und wie erklären Sie Ihre Anwesenheit hier?“ fragte der Polizeibeamte.

„Der Zufall hat mich in die Nähe dieses Hauses geführt, das ehemals von einer Familie bewohnt wurde, welche der meinigen nahe stand — ich fühlte das Verlangen, einmal wieder das Innere dieser Räume zu sehen. Als ich dem Hausmeister das Wunsch äußerte, erwiderte er mir, daß ihm befohlen sei, niemand hinaufzulassen. Ich beruhigte ihn über die Folgen, wenn dies Verbot einmal übertraten werde, und ging ohne mich an ihn zu kehren. Als ich die ganze Zimmerei bis zu diesem Räume durchwandert hatte, hörte ich die Schritte Herankommender. Es waren Ihre Schritte, meine Herren. Ich war nicht eben in der Stimmung, worin man mit Fremden zusammenzufassen liebt, mich mußte zudem in hohem Grade wünschenswert finden, mich ungestört zu machen, um dem Hausmeister Verdruss zu ersparen. Darum schlüpfte ich in das Versteck, in welchem mich die Herren fanden.“

„Und woher kannten Sie das Versteck?“ fragte Monsieur Ermanns.

„Durch — nun, durch Richard von Sudarbe,“ meinen Jugendfreund.“

„In der Tat,“ versetzte der Polizeibeamte etwa spöttisch, „durch Richard von Sudarbe!“

„Sie berufen sich auf einen sehr weit entfernten Zeugen, mein Herr!“ fiel der Untersuchungsrichter ein.

„Ich wüßte nicht, daß ich nötig hätte, mich auf Zeugen zu berufen. Hoffentlich wird man keinen Zweifel gegen das, was ich sage, hegen!“

„Wer sind Sie? Wollen Sie uns das jetzt mitteilen?“

„Ich ziehe vor, mich nicht zu nennen,“ erwiderte Richard trocken.“

„Sie stehen vor Leuten, welche doch wohl das Recht haben zu fragen,“ bemerkte hier mit ironischem Tone Monsieur Ermanns.“

„Sie haben die Pflicht zu antworten — oder man wird Sie dazu zwingen!“ setzte der Untersuchungsrichter hinzu, der alles tat, um seinem offenen Obemanngesicht das Gepräge des strengen Inquirenten zu geben und in seinen Äußerungen deshalb etwas Brutales anzuahm; während ganz im Gegenteil Monsieur Ermanns den Ernst keiner nicht gerade Vertrauten erwidenden Züge durch einen Ausdruck von unbefümmertem Heiterkeit zu überdecken bestrebt war, das heißt wenn er es nicht gerade für politisch hielt, mit dem, was er im Stillen kein Adlerauge nannte, zu durchbohren.“

„Nun, beruhigen Sie sich meine Herren,“ antwortete Richard mit trübem Lächeln, „ich werde Ihnen den Gefallen tun, Ihnen meinen Namen zu nennen, wenn Sie es so sehr wünschen und es nicht zu umgehen ist. Ich bin der, den ich eben genannt habe.“

„Wie, Sie wären...?“ fuhr der Untersuchungsrichter auf.

„Richard von Sudarbe.“

Die beiden Beamten sahen sich an. Monsieur Ermanns münkte die Angabe des jungen Mannes durch Legitimationspapiere belegt zu sehen. Richard zog sein Portefeuille hervor und überreichte dem Polizeibeamten einen Paß, den er sich vom französischen Konsul in Newyork hatte geben lassen.

„Und jetzt, hoffe ich, darf ich mich verabschieden,“ sagte Richard dann, die Hand nach seinem Papiere ausstreckend, um es zurückzunehmen.“

„Warten Sie doch,“ entgegnete Monsieur Ermanns, „es tut uns leid, Ihre Zeit noch länger in Anspruch nehmen zu müssen. — Sie sind, wie es scheint, allerdings Richard von Sudarbe, einft der Erbe dieses Gutes. Weshalb sind Sie zurückgekehrt aus der Fremde — Sie waren ja wohl in die Welt gegangen, um Ihr Glück draußen zu suchen — in diesem Nordamerika, woher Sie kommen? Ist es nicht so?“

„Ja war in Amerika,“ antwortete Richard; „da ich aber dort keine Verhältnisse fand, welche mich festhielten, bin ich zurückgekommen, um mein Gut, des jetzt nicht mehr Lehnhut ist, zurückzuerlangen, und durch Verkauf eines Teiles desselben mich mit den Gläubigern meines Vaters abzufinden.“

„Und als Sie in Ihr Gut kamen, das Sie wieder zu erhalten

hofften, fanden Sie es von einem fremden Herrn eingenommen?“ fragte Ermanns.

„Nicht mehr. Ich kam erst heute, und der fremde Herr liegt seit gestern hier neben uns als Leiche.“

„Allerdings — er liegt hier als Leiche. Und wir sind beauftragt, den Mörder zu entdecken,“ fuhr Monsieur Ermanns fort.

„Bei dieser Unternehmung tun finden wir Sie hier versteckt — in einem Gemache, in welchem das Verbrechen begangen ist. Sie, der Sie ein so großes Interesse dabei hatten, einen fremden Herrn, wenn Sie ihn fanden, aus diesem Schlosse entfernt zu sehen: der nicht hoffen durfte, ihn auf gerichtlichem Wege zu entfernen — mit einem Wort, mein Herr, Sie müssen begreifen, daß Sie verdächtig erscheinen.“

Monsieur Ermanns ließ bei diesen Worten die konzentrierte Kraft seines Adlerauges ihre Wirkung tun.

„Ja, verdächtig.“ Doch nicht verdächtig, den Grafen...“

„Allerdings, den Grafen ermordet zu haben,“ fiel barock und ohne weitere Umschweife der Untersuchungsrichter ein.

Richard von Sudarbe sah die beiden Männer mit großen Augen und überaus verwundert an.

„Ja, den Grafen von Epaville ermordet zu haben?“ wiederholte er.

„Was sagen Sie zu dieser Anschuldigung?“ fragte Monsieur Ermanns.

„Kein Wort, keine Silbe,“ erwiderte Richard heftig.

„Sie begreifen jedenfalls, daß Sie fürs erste in den Händen der Justiz bleiben,“ fuhr der Polizeibeamte fort. „Folgen Sie uns nach unten, ich werde Sie nach Düsseldorf transportieren lassen.“

Damit erhob sich Monsieur Ermanns.

Richard blieb regungslos stehen, die Arme über der Brust verschränkt, das Auge starr auf den Boden geheftet.

„Folgen Sie uns!“ wiederholte der Untersuchungsrichter sich ebenfalls erhebend.

Richard folgte nicht. Er sah in Stimmen verloren, er sah für das, was um ihn vorging, keine Organe zu haben. — bis er plötzlich das Haupt aufrichtend, während eine dunkle Röte über seine Züge glitt, ausrief: „Und wenn ich zu Ihrer Anschuldigung ja sage, wird man dann sofort die Untersuchung gegen andere Verdächtige fallen lassen, wird die törichte und unverantwortliche Verfolgung der Familie Ritterhausen eingestellt werden?“

Vorausgesetzt, daß zwischen Ihnen und den Leuten, welche Sie nennen, keine Verbindung stattgefunden hat.“

„Das kann ich zur Not doch wohl beweisen,“ fiel Richard ein.

„Nun wohl, wenn Sie sich zu der Tat bekennen, als alleiniger Urheber, so kann dieselbe nicht von den Ritterhausen ausgehen.“

antwortete der Polizeibeamte. „Es ist auch nicht anzunehmen, daß Sie in Verbindung mit einem Manne stehen, der — der Todfeind Ihres Vaters war!“

„So bekenne ich mich zur Tat,“ sagte Richard fest, sich stolz aufrichtend.

(Fortsetzung folgt.)

